



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 17.03.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Hortbetreuung im ev. Friedrich Fröbel  
Kinderhaus, Brünner Str. 4

Vorl.Nr. 077/10

---

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt alle Anwesenden, gratuliert Stadtrat Kromer im Namen der Stadt Ludwigsburg zum Geburtstag und hebt besonders sein stetiges Engagement im Sportbereich hervor.

Anschließend ruft EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 077/10, 050/10 und 046/10 auf und merkt an, es habe zu dieser Problematik am letzten Freitag eine Ortsbesichtigung in der Brünner Str. stattgefunden.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) teilt mit, ab dem Schuljahr 2010/2011 bestehe im ev. Friedrich Fröbel Kinderhaus ein zusätzlicher Bedarf an 8 Hortplätzen. Man sei bei dem Ortstermin zu dem Ergebnis gekommen keine zusätzliche Hortgruppe einrichten zu wollen. Vielmehr solle durch eine Reduzierung der Betreuungsplätze für Kinder von 3 bis 6 Jahren um 8 Plätze und Erhöhung der Hortplätze innerhalb der Einrichtung der Bedarf gedeckt werden. Dieses Modell habe 12.400,-€ Wenigereinnahmen für die Stadt zur Folge. Gleichzeitig sei von Eltern und Träger bei Umsetzung dieser Variante gefordert worden, das Raumangebot für die Hortkinder zu erweitern. Kosten hierfür seien derzeit nicht bezifferbar.

EBM **Seigfried** sieht die Frage, wie der weitere Ausbau der Betreuungsplätze von Schulkindern an Schulen aussehen solle, in engem Zusammenhang mit der vorliegenden Problematik. Er macht deutlich, die Erhöhung der Hortplätze sei auch ohne Umbaumaßnahmen möglich. Der Wunsch seitens des Trägers das Raumangebot zu erweitern sei nachvollziehbar. Die Verwaltung und der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales seien sich nach verschiedenen Diskussionen einig, den Gruppenumfang dieser Kindertageseinrichtung aus Flächenmangel eher reduzieren zu wollen. Ferner verweist er auf die bereits geplante Erweiterung um 10 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren durch einen Anbau.

Stadtrat **Kromer** teilt mit, die CDU-Fraktion folge grundsätzlich den Ausführungen von Herrn Fröhlich und der Vorl.Nr. 077/10 aus den angegebenen Gründen. Er befürworte, dass der FB Bildung, Familie, Sport die Eltern bei der Suche eines adäquaten Betreuungsplatzes unterstützen wolle. Dies könne nur eine Übergangslösung sein, bis die Oststadtschule II zur Ganztageschule geworden sei, oder zumindest die Kernzeitenbetreuung dort bis 17.00 Uhr ausgebaut werden konnte. Jedenfalls sei eine Lösung ohne Umbaumaßnahme zu finden.

Stadträtin **Fuchs** bezeichnet einen Ausbau der Kellerräume in der Einrichtung als nicht nachhaltig und adäquat. Sie könne sich der bisher ausgeführten Lösung anschließen, wolle aber auf die Notwendigkeit einer durchgängigen Betreuungsmöglichkeit der Kinder von Geburt bis einschließlich Grundschule hinweisen. Langfristig sei anzustreben in der Einrichtung eine Gruppe

weniger zu betreuen um das Raumangebot der übrigen Gruppen zu verbessern. Gleichzeitig appelliere sie an die Verwaltung verstärkt auf die Grundschulen einzuwirken, die Betreuung der Grundschulkinder einem Hortplatz entsprechend an der Grundschule zu ermöglichen.

Stadtrat **Kirnbauer** befürwortet die Erweiterung der Hortgruppe um 8 Plätze mit gleichzeitigem Bewusstsein, dass die Stadt 8 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren weniger neu aufnehmen könne.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass die Vorl.Nr. 077/10 keine Beschluss-, sondern eine Mitteilungsvorlage sei. Die Wenigereinnahmen von 12.400,-€ kämen durch die unterschiedliche Förderung des Landes von Hort- und Kindergartenplätzen zustande. Er informiert, dass ein Beschluss über die Reduzierung von Kindergartenplätzen, folglich auch in die Fortschreibung des Bedarfsplanes von Kindertageseinrichtungen mit den finanziellen Folgen für das kommende Kindergartenjahr, aufzunehmen wäre.

Stadträtin **Klett-Heuchert** zeigt den Eltern die Möglichkeit auf, bei der Schulanmeldung ihren Bedarf an Betreuung anzumelden und Druck auf das Kultusministerium auszuüben. Sie bitte die Verwaltung um Mitteilung, sofern sich Engpässe an Kindergartenplätzen bei der kommenden Neuanmeldung ergeben sollten. Sie sehe den Antrag ihrer Fraktion mit der Vorl.Nr. 046/10 hinsichtlich der künftigen Betreuung von Grundschulkindern nicht als erledigt an und bitte um weitere Bearbeitung. Die Eltern seien aufgefordert zu prüfen, ob eine Anmeldung in einer Ganztageschule wie beispielsweise Eichendorff- oder Schlösslesfeldschule möglich wäre, oder das Angebot des Tagesmüttervereins eine Alternative sein könnte. Einem Ausbau könne aufgrund der finanziellen Lage nicht zugestimmt werden.

Stadtrat **Heer** führt an, Hortbetreuung sei nicht auf die Einrichtung beschränkt, in der das Kind bis zur Einschulung betreut worden sei. Er wolle darauf hinweisen, dass durch eine Reduzierung der Kindergartenplätze im Friedrich Fröbel Kinderhaus zugunsten der Schaffung von Hortplätzen neu Zugezogene schlechtere Möglichkeiten auf einen Kindergartenplatz in Wohnortnähe hätten. Er bewerte die von der Verwaltung vorgeschlagene Übergangslösung als positiv, zumal der Bedarf an Hortplätzen nicht sicher kalkulierbar sei.

Stadträtin **Burkhardt** geht kurz auf die Raum- und Belegungssituation im Friedrich Fröbel Kinderhaus und die Forderungen der Eltern ein. Bei der Ortsbesichtigung letzten Freitag habe sich eine weitere Alternative ergeben, nach der ein bisher in drei Räume aufgeteilter Bewegungsraum im UG zu einem Raum mit 29 qm umgestaltet werden könne. Die erforderliche Raumhöhe, Belichtung und nötigen Fluchtwege zur Nutzung als Aufenthaltsraum seien dabei gegeben. Sie bitte um eine Erläuterung der Mehrkosten von 12.400,-€ und führt dabei eine Vorlage aus 2009 an, wonach die Kosten der Stadt für die Hortgruppen nicht bezifferbar seien.

Stadtrat Dr. **Bohn** betont die Dringlichkeit intensive Gespräche mit den Schulleitungen zu führen um die Übergangszeit bis zur Einführung eines Ganztagesbetriebes an den Schulen möglichst kurz halten zu können.

Stadträtin **Kopf** regt an, mit dem Träger des Friederich Fröbel Kinderhauses und den Eltern eine Vereinbarung über die weitere Vorgehensweise in dieser Sache zu treffen, bis im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales eine Entscheidung getroffen worden sei. Es sei wichtig, dass sich auch die Eltern verlässlich auf die Situation einstellen könnten.

Herr **Fröhlich**, Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) und EBM **Seigfried** beantworten Fragen der Stadträte Dr. Bohn, Burkhardt und Kopf zur Versorgungsquote bei Kindergartenplätzen in der Oststadt, Mehrkosten von 12.400,-€ im konkreten Fall und den Bereuungsmöglichkeiten an der Oststadtschule.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass voraussichtlich am 27.4. in einer Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales im Rahmen der Diskussion über die Bedarfsentwicklung eine Entscheidung über die Gruppenzusammensetzung in der Brünner Str. getroffen werde. Wie

angeregt, wolle die Verwaltung mit den Eltern der acht betroffenen Kinder, ermitteln, inwieweit ein alternatives Betreuungsangebot zum Friedrich Fröbel Kinderhaus in Frage kämen.

TOP 1.1	Nutzung des städtischen Kellers für die Hortkinder des Fröbel Kinderhauses - Anfrage der Stadträtinnen Burkhardt und Lange (LUBU) vom 08.02.2010	Vorl.Nr. 050/10
---------	---	-----------------

---

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 1.2	Hortbetreuung an Kindertagesstätten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2010	Vorl.Nr. 046/10
---------	---	-----------------

---

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 2	Sportentwicklungsplan Ludwigsburg (Vorberatung)	Vorl.Nr. 093/10
-------	--	-----------------

---

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** bedankt sich bei allen ehrenamtlich Mitwirkenden in der Planungsgruppe Sportentwicklungsplan für ihr Engagement bis zur Erstellung des Abschlussberichtes.

Herr **Dr. Eckl** und Herr **Schrader** (Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung GbR) stellen gemeinsam den von ihnen erstellten Sportentwicklungsplan Ludwigsburg vor.

EBM **Seigfried** merkt an, über die Vorl.Nr. 093/10 solle in der heutigen Sitzung nicht beschlossen werden. Bei den Themen Bäderkonzeption und Sportpark Ost bedürfe es an verschiedenen Punkten noch interner Klärung, bevor darüber beraten werden könne.

Stadtrat **Kromer** fasst zusammen, der Sportentwicklungsplan bestätige, dass das Sport- und Bewegungsangebot in Ludwigsburg bereits sehr gut sei. Es sei richtig gewesen das Konzept mit externem Know-how anzureichern um eine neutrale und auf wissenschaftliche Erkenntnisse basierende Betrachtung des Sportgeschehens in Ludwigsburg zu erhalten. Durch gleichzeitige Einbindung lokaler Experten hätten auch für Ludwigsburg spezifische Ziele und Empfehlungen in die Planung einfließen können.

Stadtrat von **Stackelberg** denkt, dass der Sport auch große Auswirkungen auf das Klima in der Stadt habe, was nicht in Zahlen ausgedrückt werden könne. Ferner sehe er Bedarf die Sportförderrichtlinien zu überarbeiten.

Stadtrat **Glasbrenner** führt an, der Sport habe eine Eigendynamik und unterliege teilweise auch der Mode, was in Vorberechnungen nur schwer einbeziehbar sei. Er sehe den Sportentwicklungsplan als Grundlage an, über die weitere Entwicklung des Sports in Ludwigsburg zu diskutieren. Das Thema Sportpark Ost solle unter Einbeziehung der Vereine mit Migrationshintergrund in kleineren Gruppen diskutiert werden. Ferner stünden die Bäderkonzeption, der Ludwigsburger Spitzensport und mögliche Investitionen in Sporthallen als wichtige Punkte an.

Stadträtin **Steinwand** führt als wichtigen Impuls des Sportentwicklungsplanes die Einbindung von Migranten, Senioren und Personen, die nicht in einem Verein organisiert seien bei weiteren Planungen an. Es habe sich auch gezeigt, dass es bei der Sportförderung noch Einsparpotential gebe und viele Anregungen mit wenig Aufwand umgesetzt werden könnten. Der Sportentwicklungsplan dürfe sich nicht nur auf den Sport beschränken, sondern müsse für die gesamte Stadtplanung gelten.

Stadtrat **Heer** wertet den Sportentwicklungsplan als gute Grundlage für künftige Entscheidungen, verweist aber gleichzeitig mit Nachdruck auf die städt. Finanzlage. Man werde die notwendigsten Maßnahmen herausfiltern müssen und dann entscheiden, was finanziert werden könne.

Stadträtin **Burkhardt** weist auf schnelle Veränderungsprozesse in der Gesellschaft hin, die eine ständige Anpassung der Planung nötig machten. Fachleute forderten seit langem, dass Sport ein fester Bestandteil der unmittelbaren Lebenswelt des Menschen sein solle und nicht nur in Sporeinrichtungen stattfinden soll. Um dies umzusetzen, dürfe beispielsweise in der Innenstadt keine weitere Flächenversiegelung stattfinden und sollen Stadtplanung und Sportentwicklungsplanung eng zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssten alle Planungen hinsichtlich der Finanzlage geprüft werden.

Stadtrat Dr. **Vierling** empfindet die Zusammensetzung der Planungsgruppe zum Sportentwicklungsplan als sportfunktionärslastig. Anschließend geht er auf das Verhältnis Sportler in Vereinen und nicht organisiert im Vergleich zur Sportförderung ein. Anschließend fragt er nach dem Verhältnis der Sportangebote im Innen- zum Außenbereich. Er fordert bei weiteren Überlegungen auch Sporeinrichtungen außerhalb der Stadtgrenze einzubeziehen um keine stadtspezifischen Entscheidungen zu treffen.

EBM **Seigfried** führt an, dass die Zusammensetzung der Planungsgruppe im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten und beschlossen worden sei. Er werte seine Ausführungen als Statements und wolle diese bei weiteren Beratungen aufnehmen.

Herr **Eckl** teilt mit, der Trend im Sport gehe zu Aktivitäten in überdachten Räumlichkeiten. Laut eigenen Untersuchungen fänden 15-20% von Sportangeboten in überdachten Räumen und nur 5% auf dem Sportplatz statt. Ein großer Teil finde auch in freier Natur statt, wozu im Sportentwicklungsplan mehrere Anregungen gemacht worden seien.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss Bildung, Sport, Soziales beauftragt die Verwaltung die Vereinbarung zur Förderung der Kindertagespflege für Kinder unter drei Jahren mit dem Landkreis abzuschließen.

Mit Wirkung vom 01. August 2010 bezahlen Eltern aus Ludwigsburg, die ihr Kind in der Kindertagespflege betreuen lassen, denselben Betrag wie für einen vergleichbaren Platz in einer Kindertageseinrichtung. Tagespflegepersonen, die ein Kind unter drei Jahren aus Ludwigsburg betreuen und eine entsprechende Pflegeerlaubnis und Qualifikation besitzen erhalten pro Betreuungsstunde zusätzlich 1,10 €.

2) Die Mehrkosten für die Förderung der Kindertagespflege nach dieser Vereinbarung in Höhe von 72.850,- € werden für das Jahr 2010 im Nachtrag bereit gestellt. Für 2011 sind Ausgaben in Höhe von 231.372,00€ geplant.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** geht kurz auf den bisherigen Verfahrensablauf und die Zuständigkeiten der Beteiligten bei dem Modell zur Förderung der Kindertagespflege für Kinder unter drei Jahren ein. In einem heutigen Pressegespräch, an dem auch der Tagesmütterverein teilgenommen habe sei mitgeteilt worden, dass es in Ludwigsburg aktuell 114 Tagesmütter gebe, wovon 75 aktiv 84 Kinder unter 3 Jahren, 38 Kinder im Alter von 3-6 Jahren und 42 im Alter von 6-14 Jahren betreuen würden. Ziel sei es, die Anzahl der betreuten Kinder unter drei Jahren durch dieses Modell fast zu verdreifachen. Hierzu sollte es gelingen in den kommenden drei Jahren weitere Tagesmütter zu gewinnen, sodass sich deren Anzahl zum jetzigen Stand verdopple. Anhand eines Beispielfalles, wonach eine Tagesmutter 7 Kinder betreue, aber nie mehr als 4 Kinder gleichzeitig, sei die flexible Platz- und Zeiteinteilung einer Tagesmutter gegenüber einer Kindertagesstätte hervorzuheben. EBM **Seigfried** führt an, die tatsächliche Entwicklung der in der Vorl.Nr. 068/10 geplanten Zahlen könnten sich erst in der Umsetzung des Modells zeigen. Die Kindertagespflege solle ein offizieller Betreuungsmarkt sein. Voraussetzung für eine kommunale Förderung einer Tagesmutter sei deshalb auch, dass sie offiziell über den Tagesmütter e.V. vermittelt wurde. Anschließend stellt er Frau **Schaupp** als künftige Leiterin der Anlauf- und Beratungsstelle ab 1. April im FB Familie, Bildung, Sport vor.

Stadträtin **Kopf** bezeichnet den Stundensatz pro geleisteter Betreuungsstunde von 5,-€ und die anteilmäßige Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen als gute Anreize für Tagesmütter. Als wichtige Punkte sehe sie eine gute Kooperation zwischen dem FB Bildung, Familie, Sport und dem Tagesmütterverein, die Erst- und Weiterbildung der Tagesmütter, sowie eine Qualitätskontrolle etwa durch Hausbesuche an.

Die Stadträte **Fuchs** und **Kirnbauer** loben das Ergebnis der Vertragsverhandlungen und bestätigen den Bedarf des Modells zur Förderung der Kindertagespflege für Kinder unter drei Jahren.

Stadträtin **Klett-Heuchert** nennt Vorteile wie Vernetzung der Gemeinden im Landkreis, die finanzielle Absicherung der Betreuungspersonen, gleiche Kostenbeteiligung der Eltern wie in einer Tageseinrichtung und die Möglichkeit eines passgenauen Betreuungsangebots zum Bedarf einer Familie. Wichtig seien die Qualitätssicherung der Betreuung durch den Tagesmütterverein und die zentrale Anlaufstelle als Gesprächsplattform für die Eltern. Dennoch könne die Betreuung durch Tagesmütter mit einer professionellen Betreuung in Kindertagesstätten nicht verglichen werden. Sie hoffe, die Tagespflege und Angebote in Kindertageseinrichtungen entwickelten sich bei dem steigenden Bedarf so weiter, dass diese zur echten Wahlmöglichkeit für Eltern würden.

Stadtrat **Heer** begrüßt das Betreuungsmodell und sieht in der teilweisen Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen einen positiven Effekt hinsichtlich der Problematik Schwarzarbeit.

Auf Nachfrage von Stadträtin Burkhardt nimmt EBM **Seigfried** zur Entwicklung und den Problemen bei der Gewinnung von weiteren Tagesmüttern Stellung.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 068/10 zur Abstimmung.

TOP 4

Betreuungsangebote im Rahmen der  
verlässlichen Grundschule -Kernzeiten-  
- Fortführung von befristet eingerichteten  
Gruppen an der August-Lämmle-, Schlöblesfeld-,  
Friedrich-von-Keller-, Friedensschule,  
Grundschule Hoheneck

Vorl.Nr. 049/10

---

### Beschluss:

1. Die bisher Im Rahmen der verlässlichen Grundschule als Versuch befristet eingerichteten Kernzeitengruppen an der
  - August-Lämmle-Schule (4. Gruppe),
  - Schlöblesfeldschule (4. Gruppe und 5. Gruppe),
  - Grundschule Hoheneck (3. Gruppe)
  - Friedrich-von-Keller-Schule (3. Gruppe) und
  - Friedensschule (2. Gruppe)

werden ab dem Schuljahr 2010/11 für jeweils 2 Jahre befristet weitergeführt.

2. Der weitere Fortbestand der Betreuungsgruppen wird im 1. Halbjahr 2012 geprüft; die Verwaltung wird ermächtigt, die einzelnen Gruppen bei unverändertem Bedarf und bei Erfüllen der in Vorl.Nr. 508/09, S. 6 dargelegten und vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 beschlossenen Leitlinien ohne weiteren Beschluss unbefristet fortzuführen.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) beantwortet Fragen der Stadträte Klett-Heuchert, Heer, Kopf, Moersch und Fuchs. Er führt an, dass unabhängig an welcher Schule die Elternbeiträge für die Kernzeitenbetreuung gleich hoch seien.

EBM **Seigfried** weist kurz auf Nr. 2 des Beschlussvorschlages der Vorl.Nr. 049/10 und die unbefristete Fortführung der Leitlinien ohne weiteren Beschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales hin.

Stadträtin **Moersch** regt hinsichtlich des Beratungsverlaufes zu TOP 1 an, die Kernzeitenbetreuung an allen Grundschulen anzubieten und bis in die Nachmittagsstunden auszudehnen.

Stadtrat **Kirnbauer** bittet um regelmäßige Mitteilung über den aktuellen Stand der Betreuungsangebote im Rahmen der verlässlichen Grundschule in einem zeitlichen Abstand von 1,5 Jahren.

EBM **Seigfried** sagt dies zu und lässt das Gremium über die Vorl.Nr. 049/10 abstimmen.

TOP 5	Übersicht über die Mittagessensversorgung an Ludwigsburger Schulen; Finanzierung der Essensausgabe über den städtischen Zuschuss im Rahmen des Jugendbegleiterprogramms	Vorl.Nr. 100/10
-------	---	-----------------

---

### Abweichender Beschluss:

Bei Schulen, die Honorarkräfte zur Essensausgabe beschäftigen, erfolgt die Finanzierung der Essensausgabe aus dem Teil der städtischen Förderung des Jugendbegleiterprogramms.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) geht kurz auf die Vorl.Nr. 100/10 ein und merkt an, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung eine kurzfristige Lösung sei. Langfristig solle den Schulen ein entsprechendes Budget für die Essensausgabe zugeteilt werden, um die Finanzmittel des Jugendbegleiterprogramms ihrem Zweck entsprechend einsetzen zu können.

Herr **Reichert** und EBM **Seigfried** nehmen Stellung zu Fragen der Stadträte Fuchs, Dr. Vierling, Heer, Burkhardt und von Stackelberg.

Herr **Reichert** teilt mit, über die Höhe der ehrenamtlichen Entschädigung und den Umfang des Personaleinsatzes bei der Essensausgabe entscheide der jeweilige Schulrektor in eigener Zuständigkeit. In der Regel liege der Entschädigungssatz zwischen 7,50 € und 10,-€. Ferner würden durch die Verwendung des städtischen Zuschusses im Rahmen des Jugendbegleiterprogramms keine Jugendangebote wegfallen, es handle sich um eine rein interne finanzielle Umverteilung.

Stadtrat Dr. **Bohn** fordert den Beschlussvorschlag hinsichtlich der Bezeichnung ehrenamtlicher Essensausgabekräfte zu korrigieren. Bei einem Stundenlohn von 7,50 € könne nicht von ehrenamtlicher Tätigkeit gesprochen werden und führt die politische Diskussion über die Einführung eines Mindestlohnes an.

Stadtrat **Kromer** bedauert, dass Eltern zu wenig Eigeninitiative bei der Essensausgabe ergreifen würden, der finanzielle Aufwand deshalb höher sei und folglich weniger Jugendbegleiterangebote stattfinden könnten.

Stadtrat **Glasbrenner** spricht sich für eine einheitliche Entlohnung ehrenamtlicher Tätigkeit aus. Um eine Definition von Ehrenamt und deren Entlohnung festzuschreiben, weise er die Verwaltung auf ihre Zusage die die Satzung über ehrenamtliche Entschädigung bis 31.03.2010 zu überarbeiten, hin.

EBM **Seigfried** führt an, Hintergrund des Jugendbegleiterprogramms sei auch gewesen, den Schulen durch Zuweisung eines selbständigen Budgets mehr Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. Die Anregung Mittel des Jugendbegleiterprogramms für die Mittagessensausgabe zu verwenden sei von den Schulleitungen eingebracht worden, und er vertraue auf die verantwortungsvolle Verwendung der bereitgestellten Budgets durch die Schulleiter.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 6

Einrichtung von Werkrealschulen; -  
Werkrealschul-Schulbezirke für die Fr.-von-  
Keller-Schule und die Lembergschule  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 047/10

---

#### **Abweichender Empfehlungsbeschluss:**

Der Werkreal-Schulbezirk der Oststadtschule I wird um die Friedrich-von-Keller-Schule (Grundschule) und um die Lembergschule, jeweils ab dem Schuljahr 2010/11 übergangsweise befristet bis zum Ablauf des Schuljahres 2012/13, erweitert.

Die Satzung über die Bildung der Schulbezirke für die Grund-, Haupt-, Werkreal- und Förderschulen der Stadt Ludwigsburg wird entsprechend geändert.

Die Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

#### Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) geht kurz auf die Vorl.Nr. 047/10 und den von der Verwaltung formulierten Beschlussvorschlag ein.

Stadtrat **Herrmann** spricht sich dafür aus, den Grundschulbezirk Nr. 13 grundsätzlich der Werkrealschule Oststadtschule I zuzuordnen.

Die Stadträtinnen **Fuchs**, **Moersch** und **Klett-Heuchert** schließen sich der Forderung von Stadtrat Herrmann an.

Stadtrat **Heer** spricht sich hinsichtlich der Auflösung der Schulbezirke im Jahr 2013 für eine großzügige Handhabung bei Ausnahmeanträgen aus.

EBM **Seigfried** stellt den abweichenden Empfehlungsbeschluss zur Abstimmung.

TOP 7

Fortsetzung der Schulsozialarbeit an  
Ludwigsburger Schulen

Vorl.Nr. 096/10

---

#### Beschluss:

1. Die zum 31.12.2009 ausgelaufenen Verträge über die Leistungsvereinbarungen zur Schulsozialarbeit werden unverändert fortgesetzt und mit Beginn des Schuljahrs 2010/2011 vom Kalenderjahr auf das Schuljahr umgestellt.
2. Die Schulsozialarbeit am Bildungszentrum West bleibt auch nach der Verlagerung der Osterholz-Hauptschule an die Hirschbergschule in vollem Umfang erhalten.
3. Die Schulsozialarbeit an der Justinus-Kerner-Schule wird fortgesetzt.
4. Die Schulbegleitende Sozialarbeit an der Elly-Heuss-Knapp Realschule wird von Seiten der städtischen Jugendförderung durchgeführt.

#### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag.

Stadträtin **Burkhardt** führt an, zur notwendigen Verstärkung der Schulsozialarbeit werde in der Innenstadt die Jugendförderung herangezogen. Ferner stelle sich die Frage, wie die Schulsozialarbeiter in Eglosheim mit den vermehrten Aufgaben durch die Verlagerung der Osterholz-Hauptschule zu Rande kämen. Sie stellt im Sachzusammenhang den Antrag, dass die Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 17.03.2010

Verwaltung in einem Bericht zu diesen beiden Fragen Stellung nimmt.

EBM **Seigfried** und Herr **Reichert** (FB Bildung, Sport und Familie) beantworten Fragen der Stadträte Fuchs und Heer.

Auf Nachfrage von Stadträtin Moersch und Anmerkungen der Stadträte Klett-Heuchert und Dr. Vierling bezüglich des Zusammenhangs des in der am 20.01.2010 Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vorgestellten Konzeptes zur Kinder- und Jugendförderung in Ludwigsburg stellt EBM **Seigfried** fest, dass zwischen Jugendförderung und Schulsozialarbeit unterschieden werden müsse. Er bestätige, dass nach der genannten Konzeption die Jugendförderung um die Schulzentren konzentriert werden solle. Unabhängig davon erfolge aber in den Schulen in unmittelbarem Kontext mit Lehrern und Schülern Schulsozialarbeit. Die Mitarbeiterin, welche künftig die Schulsozialarbeit in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule übernehme, sei einige Jahre im Bereich Medienpädagogik in der Stadtbibliothek tätig gewesen. Im Rahmen der Personalentwicklung und nach einer entsprechenden Fortbildungsmaßnahme wolle sie die neue Herausforderung annehmen. Er betone, dass diese Maßnahme nicht zu Personaleinsparungen an anderer Stelle der Jugendförderung führe.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 096/10 zur Abstimmung.

---

TOP 7.1	Berichts Antrag im Sachzusammenhang zur Vorl.Nr. 096/10 - Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke vom 17.03.2010	Vorl.Nr. 138/10
---------	--	-----------------

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 7.

---

TOP 8	Beteiligung am Protest gegen die Kürzung von Lehrerstunden bei "Alterlass"-Ganztagessschulen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.02.2010	Vorl.Nr. 103/10
-------	--	-----------------

---

**Antrag:**

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass sich die Stadt Ludwigsburg, Verwaltung und Gemeinderat, bei den Protestaktionen gegen die Kürzung der Lehrerstunden bei sog. „Alterlass“- Ganztagessschulen beteiligt und sich damit direkt an das Kultusministerium wendet.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

## Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorl.Nr. 103/10 an, sowie einen Beschluss die Zuweisung von Lehrerstunden bei sog. „Alterlass“-Ganztagsschulen erst ab dem Schuljahr 2011/12 zu kürzen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** mahnt, man müsse jetzt dringend auf die geplante Kürzung von Lehrerstunden bei sog. „Alterlass“-Ganztagsschulen reagieren. Ganztagsschulen müssten durch Lehrerdeputatsstunden unterstützt werden.

Stadtrat **Herrmann** erläutert, das Land Baden-Württemberg habe in den 90er Jahren in manchen Gebieten mit besonderem Bedarf Ganztagsschulen errichtet, die ausschließlich mit pädagogischem Personal geführt worden seien. Zwischenzeitlich gebe es in Baden-Württemberg etwa 1230 Ganztagsschulen, davon seien 130 solche „Alterlass“-Ganztagsschulen. Einige davon befänden sich in Ludwigsburg. Bei den 1.100 Ganztagsschulen, die nicht unter den Alterlass fielen, habe man gute Erfahrungen gemacht, weshalb er keinen Grund sehe die gesteigerte Förderung von „Alterlass“-Ganztagsschulen beizubehalten. Er lehne den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

EBM **Seigfried** merkt an, die Finanzmittel seien vom Land begrenzt ausgewiesen worden. Die Stadt sehe insbesondere bei der Eichendorffschule eine besondere Herausforderung. Dort bedeute der Wegfall des sog. Alterlasses eine Reduzierung um 32 Lehrerwochenstunden, was mehr als einer Lehrerstelle gleich käme. Gleichzeitig sei ab Januar 2011 dort die Schulsozialarbeit gefährdet und die Entwicklung der Schülerzahlen gehe nach unten.

Stadträtin **Steinwand** merkt an, dass es sich bei „Alterlass“-Ganztagsschulen hauptsächlich um Hauptschulen handle. Sie befürchte, dass der Wegfall der Sonderförderung gleichzeitig die Schließung dieser Hauptschulen bedeute.

Stadtrat **Dr. Vierling** führt an, dass für Ganztagsschulen grundsätzlich mehr Lehrerstellen benötigt würden, streiche man diese, könne Ganztagsschule immer weniger stattfinden.

Stadträtin **Moersch** teilt mit, sie könne den Ausführungen des Städtetages folgen und stimme dem Antrag zu.

Auf Nachfrage von Stadtrat Heer erläutert EBM **Seigfried** die Eichendorffschule hätte 32, die Justinus-Kerner-Schule 40, die Hirschbergschule 20 und die Oststadtschule I 28 Lehrerwochenstunden weniger nach Abschaffung der „Alterlass“-Ganztagsschulen.

Stadtrat **Herrmann** sieht bei der Eichendorffschule auch eine besondere Problematik, weil deren Schulbezirk nicht veränderbar sei. Vielleicht könne mit dem Schulamt hier eine Einzelfallregelung erreicht werden.

Stadtrat **von Stackelberg** nimmt Stellung zur Landespolitik im Bildungsbereich. Man müsse die geschaffenen und guten Standards in den „Alterlass“-Ganztagsschulen aufrecht erhalten und sich nicht mit weniger zufrieden geben.

Stadtrat **Glasbrenner** teilt mit, er könne der Auffassung von Stadtrat Herrmann folgen. Er stimme dem Antrag dennoch zu, weil er einen grundsätzlichen Mehrbedarf an Lehrerdeputaten an Hauptschulen sehe. Würden diese auf Dauer nicht bewilligt, sei wiederum die Stadt konfrontiert etwa die Jugendförderung auszubauen, was finanziell nicht möglich sei.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 103/10 zur Abstimmung..

**Beschluss:**

Der Lern- und Spielclub der Diakonischen Bezirkstelle Ludwigsburg erhält für das Jahr 2009 einen Zuschuss in Höhe von 45.500 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag und eine Aussprache.

EBM Seigfried stellt die Vorl.Nr. 072/10 zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Karlshöhe erhält für ihre Beratungsstelle für ausländische Jugendliche im Rechnungsjahr 2010 einen Zuschuss in Höhe von 18.500 €.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsjahr 2010 eingestellt.

Nach Ablauf des Rechnungsjahres ist ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszuges aus der Jahresrechnung und eines Tätigkeitsberichts vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

Stadträtin **Steinwand** teilt mit, die Karlshöhe sei auch in Bietigheim tätig. Dies würde eine finanzielle Beteiligung der Stadt Bietigheim rechtfertigen.

EBM **Seigfried** sagt zu, dies aufzugreifen und stellt die Vorl.Nr. 095/10 zur Abstimmung.

TOP 11

Berufung zweier Vertreter/innen der  
Behindertenverbände in den Beirat Kinder,  
Jugend und Soziales

Vorl.Nr. 028/10

---

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht kurz auf die Vorl.Nr. 028/10 ein und stellt hierzu einmütige Zustimmung im Gremium fest.

TOP 12

Annahme einer Einzelzuwendung

Vorl.Nr. 066/10

---

### Beschluss:

Die Zuwendung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH in Höhe von 15.000 EUR wird angenommen.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 066/10 zur Abstimmung und informiert anschließend über den Anlass und Verwendung der Spende der Sparda Bank eG in Höhe von 20.000,- und 5.000,-€, deren Annahme am 10.02.2010 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschlossen wurde.